

Zürich

Weltmeere beeinflusst
Stickstoffemissionen im Pazifischen Ozean zeigen menschliche Einflüsse auf das Ökosystem. Dies bewiesen erstmals ETH-Forscher. **SEITE 24**

Goldpreis erholte sich
Das Abstimmungsergebnis vom Sonntag beeinflusste nur kurz den Goldpreis. Doch weiterhin schwächt sich der Euro ab. **SEITE 17**



Gemeinden mit hohen Sozialkosten sollen entlastet werden

KANTONS RAT Viele Gemeinden erhöhen die Steuern, weil sie die Sozialkosten nicht mehr decken können. Der Zürcher Kantonsrat verfolgt diesen Trend mit Sorge und will nun prüfen, ob der Finanzausgleich angepasst werden muss.

Mit dem Zürcher Finanzausgleich sollen die Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können, ohne ihre Autonomie aufgeben oder die Steuern massiv erhöhen zu müssen. Viele Gemeinden beklagen sich jedoch darüber, dass die Sozialkosten aus dem Ruder laufen und ohne Steuerfusserhöhungen nicht mehr zu decken sind. Diese Entwicklung will die SP mit Unterstützung der Grünen und der BDP stoppen.

Die drei Parteien wollen prüfen lassen, ob ein Soziallastenausgleich sinnvoll ist – und wie dieser ausgestaltet werden könnte. Sie haben dazu eine parlamentarische Initiative eingereicht, die gestern im Kantonsrat mit 88 Stimmen vorläufig unterstützt wurde. Notwendig waren mindestens 60 Stimmen.

Regierung will zuwarten

Der Zürcher Regierungsrat sprach sich bereits vor der gestrigen Debatte gegen diese Initiative aus. Er will zuwarten, bis 2017 der Bericht zur Wirkung des Finanzausgleichs erscheint. «Erst dann liegen die Zahlen vor und lässt sich das Instrument auch vernünftig beurteilen», sagte Martin Graf (Grüne, Effretikon), Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern. Auf der Basis

dieses Berichts könnten dann Massnahmen vorgeschlagen und zügig umgesetzt werden. Das gehe nicht schneller, wenn jetzt Druck aufgesetzt werde, sagte Graf. «Es besteht kein Grund zu hyperventilieren.»

Martin Neukom (Grüne, Winterthur), der die parlamentarische Initiative mit Rosmarie Joss (SP, Dietikon) und Marcel Lengenhager (BDP, Gossau) eingereicht hatte, fand jedoch: «Die Gemeinden wollen nicht länger warten.» Es brauche nun dringend eine gesamtheitliche Lösung. Eine, die nebst der Sozialhilfe auch die Zusatzleistungen zur AHV/IV, die Alimentenbevorschussung, die AHV-Beiträge für Nichterwerbstätige und die Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern berücksichtigt.

Gemeinden nicht bestrafen

Die Bevölkerungszahl einer Gemeinde, die Herkunft der Einwohner und der Anteil von Personen mit bescheidenen finanziellen Mitteln – insbesondere im Erwerbsalter und über 79 Jahre – beeinflussten die Sozialausgaben, befanden die Initianten. Diesen Faktoren trage der Finanzausgleich jedoch zu wenig Rechnung. Bloss der Anteil der unter 20-Jährigen werde im demografi-

schen Sonderlastenausgleich einkalkuliert.

«Die Gemeinden mit hohen Sozialkosten leisten einen grossen Integrationsbeitrag», sagte Joss. «Deshalb darf man sie auch nicht bestrafen – das muss im Interesse aller Gemeinden liegen.»

«Dann wird es teuer»

Christoph Ziegler (GLP, Elgg) erklärte, dass seine Gemeinde über 50 Prozent des Steuerertrags für Soziales aufwende. Andere Gemeinden zahlten zum Teil nicht annähernd so viel. Daraus ergäben sich nicht nur grosse Unterschiede bei den Steuerfüssen. «Es kommt zu Sozialhilfetourismus.»



«Wenn die Büchse der Pandora geöffnet ist, gibt es ein grosses Gerangel – und am Ende nur Verlierer.»

Willy Haderer, SVP

Diese Mängel im System müssten ernst genommen werden, meinte Yvonne Bürgin (CVP, Rüti). Ihre Partei unterstützte den Vorstoss ebenfalls. Dagegen waren SVP, FDP, EVP und EDU. «Wir dürfen die Gemeinden nicht frühzeitig aus der Verantwortung entlassen», sagte Peter Ritschard (EVP, Zürich). Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) befürchtet, dass sich die Gemeinden weniger um die Integration ihrer Sozialhilfeempfänger bemühen, wenn sie einfach Geld erhalten. «Und dann wird es erst recht teuer», ergänzte Willy Haderer (SVP, Unterengstringen). «Wenn die Büchse der Pandora geöffnet wird, gibt es ein grosses Gerangel – und am Ende nur Verlierer.»

Haderer will lieber die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) anpassen und den Gemeinden bei der Handhabung mehr Freiraum geben.

Gegen Topf und Task-Force

Eine weitere Lösung zur gerechteren Verteilung der Sozialkosten präsentierte die GLP. Sie will dazu einen neuen Ausgleichstopf schaffen. Ihr Postulat erhielt zwar Zustimmung von SP und Grünen. SVP, FDP, EVP, EDU und CVP lehnten es aber ab. Den 91 Neinstimmen standen 78 Ja-Stimmen gegenüber. «Es braucht kein weiteres Instrument», sagte Heinz Kyburz (EDU, Männedorf). Und die FDP fragte sich, wer denn diesen Topf füllen soll. «Über die Fi-



«Die Gemeinden wollen nicht länger warten.»

Martin Neukom, Grüne

nanzierung steht kein Wort», sagte Beatrix Frey (FDP, Meilen).

Den Freisinnigen bereiten die Soziallasten ebenfalls Sorgen. Sie wollen jedoch eine Task-Force gründen. Die Arbeitsgruppe soll die Wirkung des Finanzausgleichs und Lösungen aufzeigen, noch bevor der 2017 geplante Bericht erscheint. «Wir müssen das Problem proaktiv angehen», sagte Jörg Kündig (FDP, Gossau).

Nach der vorläufigen Unterstützung der parlamentarischen Initiative hielten die anderen Parteien aber nichts mehr vom Vorstoss der FDP. Das Postulat wurde mit 139 Nein- zu 30 Ja-Stimmen abgelehnt. *Heinz Zürcher*

Kanton Zürich mit Top-Rating

STANDARD & POOR'S Kurz vor der Budgetdebatte hat die Ratingagentur Standard & Poor's die Schuldnerqualität des Kantons Zürich erneut mit der Bestnote AAA bewertet. Die Prüfer gingen davon aus, dass es dem Kanton trotz einer Abschwächung auch in den kommenden Jahren gelingen werde, eine ansprechende finanzielle Performance zu erzielen und dass die Verschuldung weiterhin gering bleibe, teilte die Finanzdirektion gestern mit.

Die langfristige Finanzplanung wird als «sehr stark» bezeichnet. Dazu trägt nach Ansicht der Prüfer insbesondere das Bekenntnis zum mittelfristigen Ausgleich bei. Dieser sieht vor, dass die Erfolgsrechnung über einen Zeitraum von jeweils acht Jahren – davon vier in der Vergangenheit und vier in der Zukunft – ausgeglichen sein muss. *sda*

Nachfolge geregelt

KANTONSARZT Zürich hat wieder einen Kantonsarzt. Der Regierungsrat hat den bisherigen stellvertretenden Kantonsarzt Peter Wyss auf Antrag der Gesundheitsdirektion per 1. Dezember mit der neuen Aufgabe betraut, wie er gestern mitteilte. Peter Wyss ist Facharzt FMH für Innere Medizin. Er tritt die Nachfolge von Ulrich Gabathuler an, der Anfang November nach schwerer Krankheit verstorben ist. *sda*

Entglasung im Gang

UETLIBERG Auf dem Gipfel des Zürcher Hausbergs wird gebaut – abgebaut. Beim Uto-Kulm wird die Verglasung der Terrassen entfernt.

Nach jahrelangem Hin und Her hat das Bundesgericht im Juni entschieden, dass die illegal erstellten Anbauten am Restaurant Uto-Kulm auf dem Uetliberg per Anfang Dezember zu entfernen sind. Gestern nun sind die Bauarbeiter angerückt, und es ist termingerecht mit dem Rückbau der Panoramaterrasse La Bellezza und der Rondoterrasse begonnen worden. Zunächst hatte Kulm-Wirt Giuseppe Fry gehofft, zumindest noch Silvester im gewohnten Rahmen feiern zu können – musste sich dann aber eines Besseren belehren lassen.

Neu mit Schlittschuhbahn

Bis in zwei Wochen sollen die verglasten Aufbauten entfernt sein. Letzten Freitag hatte Fry dargelegt, wie es auf der unverglasten Terrasse weitergeht. Es soll eine Schlittschuhbahn von 120 Quadratmetern Fläche entstehen. Als Eröffnungsdatum ist der 8. Januar vorgesehen. Im Weiteren hatte Fry mitgeteilt, dass der Wintergarten und der Apéro- und Pausenraum sowie der Seminarraum zum neuen Fine-Dine-Restaurant Allegra umgebaut werden sollen. *red*



Die illegalen Aufbauten aus Glas am Restaurant Uto-Kulm auf dem Uetliberg werden seit gestern fachmännisch entfernt.